

Leitantrag

Antrag 1

AntragstellerIn: Selbst Aktiv Bundesvorstand

**Selbstbestimmung, Selbstvertretung, Selbst Aktiv**

**Gemeinsam denken, gemeinsam handeln, gemeinsam zusammenhalten**

Die Demokratie ist ständig weiterzuentwickeln - auch im Interesse der ca. 14 Millionen Menschen mit einer Behinderung.

Es gilt also, die Demokratisierung und die Reformbewegung der 70er Jahre zu überdenken und Behindertenpolitik neu aufzustellen.

Hierzu gehört eine Weiterentwicklung von

- der Abhängigkeit zur Unabhängigkeit

- der Fremdbestimmung zur Selbstbestimmung

- der Anhörung zur Mitentscheidung.

Gute Politik nimmt die Menschenrechtskonventionen als Grundlage.
Eine davon ist die UN-Behindertenrechtskonvention. Mit ihren klaren Aussagen zur Partizipation und Inklusion muss sie jetzt umgesetzt werden.

Zum Beispiel 1994 in der Übersetzung der Erklärung von Salamanca werden noch die Begriffe Integration und Beteiligung verwendet („Integration und Beteiligung sind sowohl für die menschliche Würde als auch für den Genuss und die Ausübung von Menschenrechten grundlegend.“).

Heute spricht man eher von Partizipation als von Beteiligung.
Partizipation ist besser, weil sie im politischen Raum als direkte Mitentscheidung gilt. Partizipation meint zusätzlich Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen und im Alltag.

Teilhabe und Mitentscheidung einzufordern, ist daher unser Auftrag.

Wir wollen die politischen Parteien daran messen, wie sie ihr politisches Handeln auf Inklusion und Partizipation ausrichten.

Das Ziel einer inklusiven, partizipativen Gesellschaft wurzelt auf Grundwerten, wie sie in der Sozialdemokratie stark verankert sind.

Auch die aktuellen Themen der Sozialdemokratie wie „Zukunft und Zusammenhalt“ oder „Zukunft, Gerechtigkeit und Zusammenhalt“ sind klare Handlungsvorgaben für eine inklusive Gesellschaft.

Wir wollen das Subjekt-Objekt-Denken der 70er Jahre im Sinne eines „Wir machen für euch…“ hinter uns lassen. Wir werden dem rückwärtsgewandten Fürsorgedenken Selbstbestimmung, Partizipation und Empowerment entgegensetzen.

Bei dem Prozess der Verständigung spielt „Selbst Aktiv“ als Bindeglied zwischen den aktiven Behindertenverbänden, den Selbsthilfegruppen und der Partei eine wichtige Rolle.

Anfang der 90er Jahre haben aktive, behinderte Menschen durch eine bundesweite Kampagne für einen gesellschaftlichen und politischen Meinungsumschwung gesorgt: Die Verfassungsergänzung (Grundgesetz Artikel 3) ist doch gekommen. Die Liga für Menschenrechte hat das mit einer Medaille anerkannt. Das zeigt, dass wir einen langen Atem haben und uns erfolgreich für unsere Sache einsetzen können.

Was kann Teilhabe aktuell bewirken?

Die bisherigen Beiräte behinderter Menschen müssen auf allen politischen Ebenen zu Fachgremien mit Entscheidungskompetenz ausgebaut werden.

Die Beauftragten für behinderte Menschen dürfen nur selbst Betroffene sein. Sie müssen auch fachlich ausgewiesen auf höchsten Entscheidungsebenen mitbestimmen können.

Ein zentraler Grundsatz ist, dass Sprecherinnen/Sprecher von uns Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen selbst behinderte Menschen sind.

Das heißt, eine angemessene Zahl behinderter Menschen muss von den Parteien in die parlamentarische Arbeit einbezogen werden. Alle gesellschaftlichen Gruppen müssen vertreten sein. Wer also für Gruppe A und Gruppe B eine Quote will, muss sie auch für Gruppe C vorsehen. Es gilt also für eine inhaltlich gute Politik und für die Übertragung von Kompetenzen auf behinderte Menschen zu sorgen.

Menschen mit Behinderung, die bisher von der passiven Wahl ausgeschlossen sind, müssen auch wählbar sein wie bei der Regelung in Nordrhein-Westfalen.

Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen hat sich in den vergangenen Jahren positiv entwickelt.

In Bereichen wie Wohnen oder Freizeitgestaltung entscheiden wir deutlich mehr, wie und mit wem wir etwas gestalten wollen. Auch in den Bereichen des öffentlichen Personennahverkehrs und der Erwachsenenbildung sind Selbstbestimmung und eigenverantwortliches Leben besser geworden. Ein breites Netz von Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfegruppen hat bundesweit dafür gesorgt, dass behinderte Menschen vor Ort, dort wo sie leben, bei der Gestaltung ihres Umfeldes direkt mitentscheiden können.

Sozialdemokratische Politik verfolgt neben dem Ziel der Gerechtigkeit und des sicheren sozialen Fundaments das Ziel der „Bildung für alle“.

Dies bedeutet eine durchgängig inklusive Bildungskette von der Kita bis zur Erwachsenen- und zur Weiterbildung. Wer Vorurteile zwischen behinderten und nichtbehinderten Menschen von Anfang an verhindern will, muss dafür sorgen, dass Inklusion gut geplant und organisiert wird. Ansonsten ist ein wichtiger Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft gefährdet.

Im Bereich der beruflichen Bildung, wie auch beim Studium und in der Weiterbildung müssen inklusive Angebote selbstverständlich sein. Behinderte Menschen sollen gefördert werden und selbstverständlich den Bachelor und den Master finanziert bekommen und sie sollen bei Bedarf durch Assistenz unterstützt werden. Hierzu gehören auch die im Rahmen eines Studiums selbstverständlichen Auslandsaufenthalte.

Bildung muss im hohen Maße politisch bewusstseins-bildend wirken.
Aufstieg durch Bildung war über Jahrzehnte ein sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis.

Hochwertige und behinderungsbedingt erforderliche Förderung muss Teil der Bildungsprozesse sein. Die Förderung muss während der gesamten Bildungskette zur Verfügung stehen.

Die Übergänge zwischen Kita, Schule, Beruf, Studium sowie Qualifizierung und Weiterbildung dürfen nicht an Bundes- und Länderzuständigkeiten scheitern.

„Zukunft, soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt stärken“ ist die Botschaft sozialdemokratischer Politik.

Für behinderte Menschen beinhaltet das:

Wir leiten Politik aus den Begriffen **Inklusion** und **Partizipation** ab. Hinzu kommen **Barrierefreiheit/angemessene Vorkehrungen** und **Empowerment** (Selbstbestimmung, Selbstbemächtigung und Stärkung behinderter Menschen).

Wer diese 4 Eckpunkte beachtet und sie im Austausch mit Menschen mit Behinderungen umsetzt, entwickelt die Demokratie weiter.
Als Partner von Menschen mit Behinderungen befindet er sich auf dem Weg in eine fortschrittliche Gesellschaft.

Wir von „Selbst Aktiv“ wollen diesen Prozess mitgestalten und dabei mitentscheiden.